

Schuldrecht Besonderer Teil: Schuldrecht BT

Looschelders

17., neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-8006-6737-6
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Schuldrecht

Besonderer Teil

von

Dr. Dirk Looschelders

Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

beck-shop.de

17., neu bearbeitete Auflage 2022

DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verlag Franz Vahlen

Zitiervorschlag: *Looschelders SchuldR BT Rn.*



beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 6737 6

ISBN E-Book 978 3 8006 6738 3

© 2022 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck, Nördlingen

(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH

Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



CO₂
neutral
vahlen.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Die Neuauflage bringt das Lehrbuch auf den Stand von Januar 2022. Im Vordergrund der Neubearbeitung stehen die am 1.1.2022 in Kraft getretenen Änderungen durch das Gesetz zur Regelung des Verkaufs von Sachen mit digitalen Elementen und anderer Aspekte des Kaufvertrags v. 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2133) und das Gesetz zur Umsetzung der Digitale Inhalte-RL v. 25.6.2021 (BGBl. 2021 I 2123). Diese Änderungen betreffen in erster Linie das Kaufrecht, schlagen sich aber auch bei anderen Vertragstypen nieder. Im Übrigen wurde das gesamte Werk erneut gründlich überarbeitet. Dabei wurde die neuere Rechtsprechung und Literatur durchgängig berücksichtigt. Ein besonderes Augenmerk galt den Entscheidungen des BGH zur Ersatzfähigkeit fiktiver Mängelbeseitigungskosten im Kauf- und Werkvertragsrecht sowie zur deliktischen Haftung des Herstellers im sog. „Dieselskandal“. Den Leserinnen und Lesern der Voraufgabe danke ich herzlich für zahlreiche wertvolle Anregungen und Hinweise. Zuschriften erreichen mich am besten unter meiner E-Mail-Adresse LS.Looschelders@hhu.de. Großer Dank gebührt auch meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mich wie immer mit großem Einsatz bei der Fertigstellung der Neuauflage unterstützt haben.

Düsseldorf, im Januar 2022

Dirk Looschelders


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 2007

Fünf Jahre nach dem Erscheinen meines Lehrbuchs zum Allgemeinen Teil des Schuldrechts kann nun auch der Besondere Teil vorgelegt werden. Die Grundkonzeption stimmt mit dem ersten Band überein. Wichtigstes Anliegen bleibt, den Studierenden die Systematik des Schuldrechts prägnant und verständlich nahe zu bringen. Daher habe ich mich bei den vertraglichen Schuldverhältnissen besonders darum bemüht, die Verbindungen mit dem allgemeinen Leistungsstörungenrecht herauszuarbeiten.

Das vorliegende Werk beruht auf meiner Vorlesung zum Besonderen Schuldrecht. Es enthält wieder zahlreiche Beispielsfälle, die überwiegend der Rechtsprechung entnommen wurden. Den Studierenden soll damit verdeutlicht werden, in welcher Form die erörterten Probleme bei der Fallbearbeitung relevant werden können. Davon abgesehen ist das geltende Recht in wesentlichen Bereichen (insbesondere im Bereicherungs- und Deliktsrecht) von der Rechtsprechung so stark ausgeformt worden, dass eine genaue Kenntnis der einschlägigen Leitentscheidungen unerlässlich erscheint.

Bei der Ausarbeitung des Werkes haben mich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in vielfältiger Weise unterstützt. Mein besonderer Dank gilt meinen Assistentinnen *Christina Bruns*, *Hannah Gesing*, *Astrid Götz* und *Véronique Wagner*, den studentischen Hilfskräften *Mark Makowsky*, *Kirstin Smarowos* und *Bianca Walther* sowie meiner Sekretärin *Bettina Jensen*. Aus dem Kreis meiner ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Herr Rechtsreferendar *Marco Becker*, Frau Dr. *Sabine Boos*, Herr Ass. Prof. *Thomas B. Schäfer* (Tohoku Universität Sendai) und meine Sekretärin *Gabriele Krüger* hervorzuheben.

Düsseldorf, im Januar 2007

Dirk Looschelders



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 2007	VII
Inhaltsverzeichnis	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Schrifttum (Auswahl)	XLIII
Einleitung	1
I. Systematik des Besonderen Schuldrechts	1
II. Atypische und gemischte Verträge	3
1. Teil. Veräußerungs- und Kreditverträge	5
1. Abschnitt. Der Kaufvertrag	5
§ 1 Grundlagen	5
I. Schuldrechtsreform und Verbrauchsgüterkauf-RL	5
II. Weitere Entwicklungen	5
III. Systematik der Vorschriften über den Kaufvertrag im BGB	7
IV. Zustandekommen des Kaufvertrages	8
§ 2 Die Pflichten des Verkäufers und des Käufers	8
I. Pflichten des Verkäufers	8
II. Pflichten des Käufers	10
III. Haftung des Verkäufers und des Käufers für Pflichtverletzungen	11
§ 3 Der Mangel der Kaufsache	12
I. Die kaufrechtliche Gewährleistung im Überblick	12
II. Der Begriff des Sachmangels (§ 434)	13
III. Subjektive Anforderungen (§ 434 II)	14
IV. Objektive Anforderungen	22
V. Fehler im Zusammenhang mit der Montage der Kaufsache	26
VI. Falsch- und Minderlieferung	29
VII. Der Begriff des Rechtsmangels	33
§ 4 Die Rechte des Käufers	35
I. Überblick	35
II. Der Anspruch auf Nacherfüllung	38
III. Rücktritt	52
IV. Minderung	62
V. Der Anspruch auf Schadensersatz	62
VI. Der Anspruch auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§§ 437 Nr. 3, 284)	73
VII. Zurückbehaltungsrecht und Mängelreue des Käufers	74
§ 5 Ausschluss und Begrenzung der Mängelrechte	77
I. Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis des Mangels (§ 442)	77
II. Vertraglicher Haftungsausschluss (§ 444)	79
III. Einschränkung der Mängelhaftung bei Pfandversteigerungen (§ 445)	80
IV. Untersuchungs- und Rügeobliegenheit im Handelsrecht (§ 377 HGB)	80
§ 6 Verjährung	81
I. Überblick	81
II. Verjährungsfristen	82
III. Beginn der Verjährung	82
IV. Ausschluss des Rücktritts- und Minderungsrechts	83
V. Anwendbarkeit des § 438 bei Mangelfolgeschäden	84
VI. Vertragliche Vereinbarungen	84
VII. Besonderheiten beim Verbrauchsgüterkauf	84

§ 7 Garantie	86
I. Vereinbarung und Inhalt der Garantie nach § 443	86
II. Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantien	88
III. Verhältnis zum Garantiebegriff nach §§ 276, 442, 444	88
IV. Verhältnis zu den gesetzlichen Mängelrechten	89
§ 8 Konkurrenzen zu anderen Ansprüchen und Rechten des Käufers	89
I. Anfechtung wegen Irrtums	89
II. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	91
III. Störung der Geschäftsgrundlage	91
IV. Culpa in contrahendo	92
V. Delikt	93
§ 9 Der Rückgriff des Verkäufers gegenüber dem Lieferanten	96
I. Allgemeines	96
II. Die Rechte des Letztverkäufers gegen den Lieferanten	97
III. Besonderheiten in der Lieferkette	98
IV. Verjährung der Rückgriffsansprüche	98
V. Rückgriff bei Verträgen über digitale Produkte	99
§ 10 Gefahrtragung im Kaufrecht	99
I. Übergabe der Kaufsache (§ 446 S. 1)	100
II. Annahmeverzug (§ 446 S. 3)	100
III. Versendungskauf (§ 447)	101
§ 11 Verkauf unter Eigentumsvorbehalt	104
I. Problemstellung	104
II. Der einfache Eigentumsvorbehalt	105
III. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	107
IV. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	108
V. Verarbeitungsklausel	108
§ 12 Der Kauf von Rechten und sonstigen Gegenständen	109
I. Der Rechtskauf	109
II. Insbesondere: Factoring	110
III. Der Kauf von sonstigen Gegenständen	113
IV. Verbraucherverträge über den Kauf digitaler Inhalte	114
V. Der Unternehmenskauf	115
§ 13 Besondere Arten des Kaufs	117
I. Kauf auf Probe (§§ 454, 455)	117
II. Wiederkauf (§§ 456 ff.)	119
III. Vorkauf (§§ 463 ff.)	120
§ 14 Der Verbrauchsgüterkauf	122
I. Anwendungsbereich (§ 474)	122
II. Verbrauchsgüterkaufverträge über digitale Produkte	126
III. Verbrauchsgüterkaufverträge über Waren mit digitalen Elementen	127
IV. Unanwendbarkeit bzw. Modifikation allgemeiner Vorschriften	131
V. Begrenzung abweichender Vereinbarungen	134
VI. Beweislastumkehr	138
VII. Sonderbestimmungen für den Rückgriff des Unternehmers	141
VIII. Sonderbestimmungen für Garantien	142
§ 15 Internationale Kaufverträge	143
I. Internationales Privatrecht	143
II. UN-Kaufrecht und Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	144
III. Gemeinsames Europäisches Kaufrecht und neuere Entwicklungen	144
2. Abschnitt. Sonstige Veräußerungsverträge	146
§ 16 Der Tausch	146
§ 17 Teilzeit-Wohnrechteverträge	148
I. Allgemeines	148
II. Begriff und Rechtsnatur	148
III. Verbraucherschutz	150
§ 18 Die Schenkung	152
I. Allgemeines	152

II. Schutz des Schenkers	154
III. Schenkung unter Auflage	161
IV. Gemischte Schenkung	161
3. Abschnitt. Gelddarlehen und Verbraucherkredit	163
§ 19 Überblick	163
I. Struktur des Darlehensrechts	163
II. Historische Entwicklung	164
III. Systematische Einordnung	166
§ 20 Das Gelddarlehen	166
I. Begriff des (Geld-)Darlehensvertrages	166
II. Abgrenzungen	167
III. Zustandekommen eines Darlehensvertrages	168
IV. Pflichten aus dem Darlehensvertrag	171
V. Fälligkeit des Darlehens	172
§ 21 Verbraucherkredite	174
I. Der Verbraucherdarlehensvertrag	174
II. Entgeltliche Finanzierungshilfen	185
III. Ratenlieferungsverträge	188
IV. Unentgeltliche Darlehensverträge und Finanzierungshilfen	189
V. Existenzgründer	190
VI. Abweichende Vereinbarungen	190
2. Teil. Überlassungsverträge	193
1. Abschnitt. Mietvertrag und Leasing	193
§ 22 Allgemeines Mietrecht	193
I. Vorbemerkungen	193
II. Abschluss und Wirksamkeit des Mietvertrages	196
III. Die Pflichten des Vermieters	197
IV. Die Haftung des Vermieters für Sach- und Rechtsmängel	201
V. Konkurrenzen	210
VI. Pflichten und Haftung des Mieters	214
VII. Die Beendigung des Mietverhältnisses	223
VIII. Verbraucherverträge über die Miete digitaler Produkte	225
§ 23 Besonderheiten bei der Miete von Wohnräumen	227
I. Form des Mietvertrages	227
II. Vereinbarung von Mietsicherheiten	228
III. Das Vermieterpfandrecht	229
IV. Der Schutz der Angehörigen beim Tod des Mieters	232
V. Der Schutz des Mieters bei Veräußerung der Mietsache	233
VI. Kündigungsschutz	235
§ 24 Leasing	242
I. Arten des Leasing	242
II. Leasingverträge als Dreipersonenverhältnisse	243
2. Abschnitt. Sonstige Gebrauchsüberlassungsverträge	246
§ 25 Die Pacht	246
I. Begriff des Pachtverhältnisses und Abgrenzung	246
II. Pflichten des Verpächters	247
III. Pflichten des Pächters	247
IV. Die Beendigung des Pachtvertrages	248
V. Besonderheiten bei der Landpacht	248
§ 26 Die Leihe	249
I. Allgemeines	249
II. Pflichten der Parteien und Haftung	250
III. Beendigung des Leihverhältnisses	253
§ 27 Das Sachdarlehen	254
I. Grundsätzliches	254
II. Begriff des Sachdarlehens	254
III. Zustandekommen des Darlehensvertrages	255

IV. Pflichten aus dem Darlehensvertrag	255
V. Fälligkeit des Darlehens	256
3. Teil. Tätigkeitsbezogene Schuldverhältnisse	257
1. Abschnitt. Dienstvertrag und ähnliche Verträge	257
§ 28 Allgemeines	257
I. Dienstvertrag und Werkvertrag	257
II. Freier Dienstvertrag und Arbeitsvertrag	258
III. Zustandekommen und Wirksamkeit des Dienstvertrages	260
§ 29 Rechte und Pflichten der Parteien	264
I. Pflichten des Dienstverpflichteten	264
II. Haftung des Dienstverpflichteten	268
III. Pflichten des Dienstberechtigten	273
IV. Vergütungsanspruch bei Leistungshindernissen	276
§ 30 Beendigungsgründe	280
I. Tod des Dienstverpflichteten	280
II. Sonstige Gründe	280
III. Kündigung	281
IV. Aufhebungsvertrag	284
§ 31 Der Behandlungsvertrag	285
I. Qualifikation und Zustandekommen des Behandlungsvertrages	286
II. Pflichten des Behandelnden	287
III. Die Haftung des Behandelnden	289
IV. Pflichten und Obliegenheiten des Patienten	293
V. Besonderheiten bei stationärer Krankenhausbehandlung	294
2. Abschnitt. Werkvertrag und ähnliche Verträge	296
§ 32 Anwendungsbereich und Systematik	296
I. Allgemeines	296
II. Verhältnis zum Kaufrecht	296
III. Verbraucherverträge über die Herstellung digitaler Produkte	298
IV. Reform des Bauvertragsrechts	299
V. Weitere Sonderregelungen und AGB	301
§ 33 Abschluss und Inhalt des Vertrages	302
I. Abschluss und Wirksamkeit	302
II. Änderung des Vertrags und Anordnungsrecht des Bestellers	304
III. Die Pflichten des Unternehmers	304
IV. Die Pflichten des Bestellers	306
V. Gefahrtragung	311
VI. Sicherung des Unternehmers	313
§ 34 Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	316
I. Mangelbegriff des § 633	316
II. Rechte des Bestellers gem. § 634	318
III. Ausschluss der Mängelrechte	328
IV. Verjährung	329
V. Gesamtschuldnerische Haftung von Architekt und Bauunternehmer	331
§ 35 Beendigung des Werkvertrages	332
I. Kündigung durch den Besteller	333
II. Kündigung durch den Unternehmer	333
III. Kündigung aus wichtigem Grund	334
IV. Form der Kündigung	334
§ 36 Der Pauschalreisevertrag	335
I. Begriff des Pauschalreisevertrages und Abgrenzungen	336
II. Parteien des Pauschalreisevertrages	338
III. Zustandekommen des Pauschalreisevertrages	342
IV. Hauptleistungspflichten und Nebenpflichten der Vertragsparteien	343
V. Vertragsänderungen und Rücktritt vor Reiseantritt	344
VI. Vertragsübertragung	346
VII. Die Haftung des Reiseveranstalters bei Reisemängeln	346

VIII. Insolvenzversicherung	357
3. Abschnitt. Maklervertrag und Auslobung	359
§ 37 Der Maklervertrag	359
I. Grundlagen	359
II. Pflichten des Auftraggebers	360
III. Pflichten des Maklers	361
IV. Besondere Formen des Maklervertrages	362
§ 38 Die Auslobung	367
I. Grundsätzliches	367
II. Voraussetzungen	367
III. Abgrenzungen	368
IV. Widerruf	369
V. Mehrfache Vornahme und Mitwirkung mehrerer	369
VI. Preisausschreiben (§ 661)	369
VII. Gewinnzusagen (§ 661 a)	370
4. Abschnitt. Auftrag, Geschäftsbesorgung und Zahlungsdienste	372
§ 39 Auftrag	372
I. Wesentliche Merkmale des Auftragsverhältnisses	373
II. Pflichten des Beauftragten	374
III. Pflichten des Auftraggebers	376
IV. Beendigung des Auftragsverhältnisses	378
§ 40 Geschäftsbesorgung und bargeldloser Zahlungsverkehr	380
I. Geschäftsbesorgungsvertrag	380
II. Zahlungsdienste	383
§ 41 Haftung für Rat, Auskunft und Empfehlung	388
I. Haftung aufgrund eines Auskunftsvertrages	388
II. Deliktische Haftung	389
III. Vertrauenshaftung	389
5. Abschnitt. Geschäftsführung ohne Auftrag	390
§ 42 Überblick	390
I. Allgemeines	390
II. Funktion der Geschäftsführung ohne Auftrag	391
§ 43 Berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	392
I. Voraussetzungen	392
II. Rechtsfolgen	402
§ 44 Die unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	406
I. Voraussetzungen der unberechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag	406
II. Pflichten des Geschäftsführers	406
III. Pflichten des Geschäftsherrn	409
§ 45 Unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	410
I. Irrtümliche Eigengeschäftsführung	410
II. Geschäftsanmaßung	411
6. Abschnitt. Verwahrung und Gastwirtschaftung	412
§ 46 Der Verwahrungsvertrag	412
I. Überblick	412
II. Inhalt des Verwahrungsvertrages	412
III. Abgrenzungen	412
IV. Die Pflichten des Verwahrers	414
V. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Verwahrer	415
VI. Die Pflichten des Hinterlegers	417
VII. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Hinterleger	417
VIII. Das handelsrechtliche Lagergeschäft	418
IX. Der unregelmäßige Verwahrungsvertrag	418
§ 47 Die Haftung des Gastwirts	419
I. Allgemeines	419
II. Voraussetzungen	420
III. Grenzen der Haftung	421
IV. Pfandrecht des Gastwirts	421

4. Teil. Verträge über ein Risiko	423
§ 48 Leibrente	423
I. Die Konzeption der Rechtsprechung	423
II. Leibrente als Dauerschuldverhältnis	424
§ 49 Spiel und Wette	425
I. Spiel und Wette (§ 762)	425
II. Lotterie- und Ausspielvertrag (§ 763)	426
5. Teil. Sicherung und Feststellung von Forderungen	429
§ 50 Der Bürgschaftsvertrag	429
I. Funktion und Struktur des Bürgschaftsvertrages	429
II. Abgrenzungen	431
III. Wirksamkeit des Bürgschaftsvertrages	434
IV. Bestehen der Hauptschuld und Umfang der Bürgschaft	440
V. Eintritt des Bürgschaftsfalles	441
VI. Einwendungen des Bürgen	441
VII. Erlöschen der Bürgschaft	444
VIII. Der Rückgriff des Bürgen	444
IX. Besondere Formen der Bürgschaft	445
X. Konkurrenz mit anderen Sicherungsrechten	446
§ 51 Der Vergleich	448
I. Begriff und Funktion	448
II. Voraussetzungen	448
III. Allgemeine Unwirksamkeitsgründe	449
IV. Irrtumsfälle	449
V. Rechtsfolgen	450
§ 52 Schuldversprechen und Schuldanerkennnis	451
I. Selbstständiges Schuldversprechen und -anerkennnis	451
II. Kausales Schuldanerkennnis	453
III. Anerkenntnis ohne Vertragscharakter	454
IV. Insbesondere: Anerkenntnis am Unfallort	454
6. Teil. Bereicherungsrecht	455
§ 53 Grundlagen	455
I. Entwicklung und Funktion des Bereicherungsrechts	455
II. Die Unterscheidung von Leistungs- und Nichtleistungskonditionen	456
III. Systematik des Gesetzes und Verweisungen	456
§ 54 Die Leistungskonditionen	457
I. Allgemeine Leistungskondition	458
II. Die sonstigen Fälle der Leistungskondition	464
§ 55 Die Nichtleistungskonditionen	471
I. Die allgemeine Eingriffskondition (§ 812 I 1 Alt. 2)	472
II. Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 816)	476
III. Die Durchgriffskondition nach § 822	483
IV. Die Verwendungskondition	485
V. Die Rückgriffskondition	486
§ 56 Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs	487
I. Herausgabe von Nutzungen und Surrogaten (§ 818 I)	487
II. Wertersatz (§ 818 II)	488
III. Der Wegfall der Bereicherung (§ 818 III)	489
IV. Die verschärfte Haftung des Empfängers (§§ 818 IV, 819, 820)	490
V. Besonderheiten bei der Rückabwicklung gegenseitiger Verträge	495
VI. Die Einrede der Bereicherung (§ 821)	499
§ 57 Besonderheiten bei Mehrpersonenverhältnissen	500
I. Problemstellung	500
II. Mehrheit von Leistungsverhältnissen	500
III. Konkurrenz von Leistungs- und Eingriffskondition	509

7. Teil. Die außervertragliche Haftung auf Schadensersatz	513
1. Abschnitt. Einführung	513
§ 58 Überblick	513
I. Funktion des Haftungsrechts	513
II. Grundentscheidungen	514
III. Das System des Deliktsrechts im BGB	515
2. Abschnitt. Haftung des Schädigers nach § 823 I	517
§ 59 Grundfragen der Haftung	517
I. Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	517
II. Die Bedeutung der Verkehrspflichten	517
III. Rechtfertigungsgründe	523
IV. Schuld	526
§ 60 Die einzelnen Elemente des § 823 I	530
I. Rechtsgutsverletzung	530
II. Pflichtwidrige Handlung oder Unterlassung	539
III. Haftungsbegründende Kausalität	541
IV. Rechtswidrigkeit	542
V. Verschulden	542
VI. Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	543
VII. Haftungsausschluss	544
VIII. Rechtsfolgen	544
§ 61 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	545
I. Geschichtliche Entwicklung	545
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Rahmenrecht	547
III. Wichtige Fallgruppen	548
IV. Rechtsfolgen	553
§ 62 Das Recht am Gewerbebetrieb	555
I. Allgemeines	555
II. Wichtige Fallgruppen	556
§ 63 Die Haftung für fehlerhafte Produkte	559
I. Problemstellung	559
II. Beweislastumkehr bei der deliktischen Haftung des Produzenten	559
III. Verkehrspflichten des Herstellers	561
IV. Die Produkthaftung nach dem Produkthaftungsgesetz	564
V. Das Produktsicherheitsgesetz	568
VI. Die Haftung nach dem Arzneimittelgesetz	568
3. Abschnitt. Die sonstigen Haftungstatbestände im BGB	570
§ 64 Verletzung eines Schutzgesetzes	570
I. Funktionen des § 823 II	570
II. Der Begriff des Schutzgesetzes	570
III. Schutzbereich der Norm	571
IV. Rechtswidrigkeit und Verschulden	572
§ 65 Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	573
I. Funktion des § 826	573
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 826	574
III. Fallgruppen	576
§ 66 Ergänzende Tatbestände	581
I. Kreditgefährdung (§ 824)	581
II. Bestimmung zu sexuellen Handlungen (§ 825)	584
§ 67 Haftung für vermutetes Verschulden	586
I. Haftung für Verrichtungsgehilfen (§ 831)	586
II. Haftung des Aufsichtspflichtigen (§ 832)	591
III. Schäden durch Bauwerke (§§ 836–838)	595
§ 68 Haftung für Tiere	596
I. Grundlagen	596
II. Gefährdungshaftung für Luxustiere (§ 833 S. 1)	597
III. Haftung für Nutztiere (§ 833 S. 2)	599
IV. Haftung des Tieraufsehers (§ 834)	600

V. Haftung für Wild- und Jagdschäden	600
§ 69 Haftung von Amtsträgern und gerichtlichen Sachverständigen	601
I. Allgemeines	601
II. Persönliche Haftung des Beamten bei fiskalischem Handeln	602
III. Die Haftung des Staates bei hoheitlichem Handeln	605
IV. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen (§ 839a)	608
4. Abschnitt. Mehrheit von Schädigern und Inhalt der Haftung	612
§ 70 Verantwortlichkeit mehrerer Schädiger	612
I. Mittäter und Beteiligte (§ 830)	612
II. Gesamtschuldnerschaft (§ 840)	616
§ 71 Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs	618
I. Umfang der Ersatzpflicht bei Personenschäden (§§ 842, 843)	618
II. Ansprüche mittelbar Geschädigter (§§ 844–846)	620
III. Ersatzansprüche bei Sachschäden (§§ 848–851)	623
IV. Verjährung	624
§ 72 Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	625
I. Allgemeines	625
II. Der Unterlassungsanspruch	626
III. Der Beseitigungsanspruch	627
5. Abschnitt. Gefährdungshaftung	629
§ 73 Grundlagen	629
I. Grundgedanken der Gefährdungshaftung	629
II. Struktur der gesetzlichen Regelung	630
§ 74 Gefährdungshaftungstatbestände außerhalb des BGB	632
I. Die Haftung des Kraftfahrzeughalters nach dem StVG	632
II. Haftung für Bahnen und Energieanlagen nach dem HPfLG	639
III. Sonstige Gefährdungshaftungen	642
Paragrafenregister	645
Sachregister	657
Entscheidungsregister	669

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage 2007	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXVII
Schrifttum (Auswahl)	XLIII
Einleitung	1
I. Systematik des Besonderen Schuldrechts	1
1. Rechtsgeschäftliche Schuldverhältnisse	1
2. Gesetzliche Schuldverhältnisse	2
II. Atypische und gemischte Verträge	3
1. Teil. Veräußerungs- und Kreditverträge	5
1. Abschnitt. Der Kaufvertrag	5
§ 1 Grundlagen	5
I. Schuldrechtsreform und Verbrauchsgüterkauf-RL	5
II. Weitere Entwicklungen	5
III. Systematik der Vorschriften über den Kaufvertrag im BGB	7
IV. Zustandekommen des Kaufvertrages	8
§ 2 Die Pflichten des Verkäufers und des Käufers	8
I. Pflichten des Verkäufers	8
II. Pflichten des Käufers	10
III. Haftung des Verkäufers und des Käufers für Pflichtverletzungen	11
1. Pflichtverletzungen des Verkäufers	11
2. Pflichtverletzungen des Käufers	11
§ 3 Der Mangel der Kaufsache	12
I. Die kaufrechtliche Gewährleistung im Überblick	12
II. Der Begriff des Sachmangels (§ 434)	13
1. Allgemeiner Maßstab (§ 434 I)	13
2. Maßgeblicher Zeitpunkt	14
3. Beweislast	14
III. Subjektive Anforderungen (§ 434 II)	14
1. Vereinbarte Beschaffenheit	15
a) Begriff der Beschaffenheit	15
(1) Die ausdrücklich angeführten Merkmale	15
(2) Allgemeine Kriterien	16
(3) Notwendigkeit eines Bezugs zur Kaufsache	17
(4) Verdacht einer nachteiligen Beschaffenheitsabweichung	18
(5) Dauerhaftigkeit des nachteiligen Beschaffenheitsmerkmals	19
b) Vereinbarung der Beschaffenheit	19
2. Eignung für die vertraglich vorausgesetzte Verwendung	21
3. Vereinbartes Zubehör und vereinbarte Anleitungen	22
IV. Objektive Anforderungen	22
1. Eignung für die gewöhnliche Verwendung	22
2. Übliche und vom Käufer zu erwartende Beschaffenheit	23
3. Übereinstimmung mit einer Probe oder einem Muster	25
4. Zubehör und Anleitungen	26
V. Fehler im Zusammenhang mit der Montage der Kaufsache	26
1. Montagefehler	26
a) Unsachgemäße Montage durch den Verkäufer	26
b) Mangel der Montageanleitung	27

(1) Anforderungen an die Anleitung	27
(2) Rechtsfolgen	28
VI. Falsch- und Minderlieferung	29
1. Allgemeines	29
2. Falschlieferung beim Stückkauf	30
3. Krasse Abweichungen beim Gattungskauf	30
4. Lieferung einer wertvolleren Sache	31
5. Anwendbarkeit des § 241a	32
6. Minderlieferung	32
VII. Der Begriff des Rechtsmangels	33
§ 4 Die Rechte des Käufers	35
I. Überblick	35
II. Der Anspruch auf Nacherfüllung	38
1. Der Inhalt des Anspruchs	38
a) Allgemeines	38
b) Nachbesserung und Ersatzlieferung	38
c) Aufwendungsersatz und Vorschuss	40
d) Nacherfüllung bei Einbau der mangelhaften Sache	41
e) Zurverfügungstellung der Sache durch den Käufer	44
f) Rückgewähr der Kaufsache und Nutzungsersatz bei Ersatzlieferung	45
2. Ausschluss des Nacherfüllungsanspruchs	45
a) Unmöglichkeit (§ 275 I-III)	45
b) Unverhältnismäßigkeit der Kosten (§ 439 IV)	46
c) Sonstige Ausschlussgründe	48
3. Erfüllungsort der Nacherfüllung	48
4. Selbstvornahme der Mängelbeseitigung durch den Käufer	50
5. Ersatzpflicht des Käufers bei unberechtigtem Nacherfüllungsverlangen	51
III. Rücktritt	52
1. Voraussetzungen des Rücktritts bei behebbaren Mängeln	52
a) Notwendigkeit der Fristsetzung	53
b) Entbehrlichkeit der Fristsetzung	53
(1) Entbehrlichkeit der Fristsetzung nach § 323 II	53
(2) Entbehrlichkeit der Fristsetzung nach § 440	54
c) Besonderheiten beim Verbrauchsgüterkauf	55
2. Voraussetzungen des Rücktritts bei nicht behebbaren Mängeln	57
3. Ausschluss des Rücktrittsrechts	57
a) Unerheblichkeit der Pflichtverletzung	57
b) Ausschluss des Rücktritts bei Zuweniglieferung	59
c) Verantwortlichkeit des Käufers für den Rücktrittsgrund	59
d) Eintritt des Mangels im Annahmeverzug des Käufers	61
4. Erklärung des Rücktritts	61
5. Rechtsfolgen des Rücktritts	61
IV. Minderung	62
V. Der Anspruch auf Schadensersatz	62
1. Allgemeines	62
2. Schadensersatz statt der Leistung	63
a) Behebbarer Mängel	63
b) Nicht behebbare Mängel	66
c) Umfang des Schadensersatzes statt der Leistung	67
3. Schadensersatz neben der Leistung	68
a) Einfacher Schadensersatz (insbesondere bei Mangelfolgeschäden)	68
b) Ersatz des Verzögerungsschadens	70
c) Einordnung des Nutzungsausfallschadens	70
4. Verschuldensunabhängige Haftung und Einstandspflicht für Gehilfen	71
a) Übernahme einer Garantie	71
b) Übernahme eines Beschaffungsrisikos	72
c) Haftung für Erfüllungsgehilfen	73
VI. Der Anspruch auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen (§§ 437 Nr. 3, 284)	73
VII. Zurückbehaltungsrecht und Mängelreede des Käufers	74

§ 5 Ausschluss und Begrenzung der Mängelrechte	77
I. Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis des Mangels (§ 442)	77
II. Vertraglicher Haftungsausschluss (§ 444)	79
III. Einschränkung der Mängelhaftung bei Pfandversteigerungen (§ 445)	80
IV. Untersuchungs- und Rügeobliegenheit im Handelsrecht (§ 377 HGB)	80
§ 6 Verjährung	81
I. Überblick	81
II. Verjährungsfristen	82
III. Beginn der Verjährung	82
IV. Ausschluss des Rücktritts- und Minderungsrechts	83
V. Anwendbarkeit des § 438 bei Mangelfolgeschäden	84
VI. Vertragliche Vereinbarungen	84
VII. Besonderheiten beim Verbrauchsgüterkauf	84
§ 7 Garantie	86
I. Vereinbarung und Inhalt der Garantie nach § 443	86
II. Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantien	88
III. Verhältnis zum Garantiebegriff nach §§ 276, 442, 444	88
IV. Verhältnis zu den gesetzlichen Mängelrechten	89
§ 8 Konkurrenzen zu anderen Ansprüchen und Rechten des Käufers	89
I. Anfechtung wegen Irrtums	89
1. Anfechtungsrecht des Käufers wegen Eigenschaftsirrtums	90
2. Anfechtungsrecht des Verkäufers wegen Eigenschaftsirrtums	90
II. Anfechtung wegen arglistiger Täuschung	91
III. Störung der Geschäftsgrundlage	91
IV. Culpä in contrahendo	92
V. Delikt	93
§ 9 Der Rückgriff des Verkäufers gegenüber dem Lieferanten	96
I. Allgemeines	96
II. Die Rechte des Letztverkäufers gegen den Lieferanten	97
1. Anspruch auf Aufwendungsersatz	97
2. Entbehrlichkeit der Fristsetzung bei Mängelrechten nach § 437	97
III. Besonderheiten in der Lieferkette	98
IV. Verjährung der Rückgriffsansprüche	98
V. Rückgriff bei Verträgen über digitale Produkte	99
§ 10 Gefahrtragung im Kaufrecht	99
I. Übergabe der Kaufsache (§ 446 S. 1)	100
II. Annahmeverzug (§ 446 S. 3)	100
III. Versendungskauf (§ 447)	101
1. Anwendungsbereich	101
2. Voraussetzungen	101
3. Transport durch eigene Mitarbeiter	102
4. Transport durch Dritte und Drittschadensliquidation	103
5. Schadensersatzpflicht des Verkäufers	103
§ 11 Verkauf unter Eigentumsvorbehalt	104
I. Problemstellung	104
II. Der einfache Eigentumsvorbehalt	105
1. Schuldrechtliche Ebene	105
2. Sachenrechtliche Ebene	106
III. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	107
IV. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	108
V. Verarbeitungsklausel	108
§ 12 Der Kauf von Rechten und sonstigen Gegenständen	109
I. Der Rechtskauf	109
II. Insbesondere: Factoring	110
1. Inhalt des Factoring-Vertrages	111
a) Echtes Factoring	111
b) Unechtes Factoring	111
2. Abtretung der Forderungen an den Factor	112
3. Das Verhältnis zur Abtretung beim verlängerten Eigentumsvorbehalt	112

a) Zeitliche Priorität der Factoring-Zession	112
b) Zeitliche Priorität der Vorausabtretung	113
III. Der Kauf von sonstigen Gegenständen	113
IV. Verbraucherverträge über den Kauf digitaler Inhalte	114
V. Der Unternehmenskauf	115
1. Kauf der Vermögensgegenstände	115
2. Kauf von Gesellschaftsanteilen	116
§ 13 Besondere Arten des Kaufs	117
I. Kauf auf Probe (§§ 454, 455)	117
II. Wiederkauf (§§ 456ff.)	119
III. Vorkauf (§§ 463ff.)	120
1. Allgemeines	120
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen	121
§ 14 Der Verbrauchsgüterkauf	122
I. Anwendungsbereich (§ 474)	122
1. Verbraucher	122
2. Unternehmer	123
3. Sachlicher Anwendungsbereich	124
II. Verbrauchsgüterkaufverträge über digitale Produkte	126
1. Körperliche Datenträger als Träger digitaler Inhalte (§ 475a I)	126
2. Waren mit digitalen Produkten	126
III. Verbrauchsgüterkaufverträge über Waren mit digitalen Elementen	127
1. Allgemeines	127
2. Sonderregelungen zum Sachmangel bei Waren mit digitalen Elementen	128
a) Grundregel	128
b) Subjektive Anforderungen	128
c) Objektive Anforderungen	129
d) Montage- und Installationsanforderungen	129
e) Dauerhafte Bereitstellung der digitalen Elemente	130
3. Sonderbestimmungen für die Verjährung	130
IV. Unanwendbarkeit bzw. Modifikation allgemeiner Vorschriften	131
1. Zeitpunkt der Leistungen nach § 433	131
2. Besonderheiten beim Versandungskauf	132
3. Haftungsbeschränkung bei öffentlichen Versteigerungen	132
4. Weitere Sonderregelungen	133
V. Begrenzung abweichender Vereinbarungen	134
1. Einseitig zwingende Vorschriften	134
2. Abweichung von den objektiven Anforderungen	134
3. Verjährung	135
4. Umgehungsgeschäfte	136
a) Agentur- und Strohmannsgeschäfte	136
b) Vereinbarung der Unternehmereigenschaft des Käufers	138
VI. Beweislastumkehr	138
1. Problemstellung	138
2. Bezugspunkt der Beweislastumkehr	138
3. Ausnahmen	140
4. Besonderheiten bei Waren mit digitalen Elementen	141
VII. Sonderbestimmungen für den Rückgriff des Unternehmers	141
1. Allgemeines	141
2. Beweislastumkehr	141
3. Einschränkung der Zulässigkeit von Haftungsausschlüssen	142
VIII. Sonderbestimmungen für Garantien	142
§ 15 Internationale Kaufverträge	143
I. Internationales Privatrecht	143
II. UN-Kaufrecht und Gemeinsames Europäisches Kaufrecht	144
III. Gemeinsames Europäisches Kaufrecht und neuere Entwicklungen	144
2. Abschnitt. Sonstige Veräußerungsverträge	146
§ 16 Der Tausch	146

§ 17 Teilzeit-Wohnrechteverträge	148
I. Allgemeines	148
II. Begriff und Rechtsnatur	148
III. Verbraucherschutz	150
§ 18 Die Schenkung	152
I. Allgemeines	152
1. Die Handschekung	152
a) Inhalt	152
b) Dogmatische Einordnung	153
2. Das Schenkungsversprechen	154
3. Die Schenkung als Rechtsgeschäft	154
II. Schutz des Schenkers	154
1. Haftungsmilderungen	155
a) Allgemeine Haftungsprivilegierung (§ 521)	155
b) Haftung für Rechts- und Sachmängel	156
c) Verbraucherverträge über die Schenkung digitaler Produkte	157
2. Einrede des Notbedarfs	158
3. Rückforderung des Geschenks bei Verarmung	158
4. Widerruf der Schenkung	159
III. Schenkung unter Auflage	161
IV. Gemischte Schenkung	161
3. Abschnitt. Gelddarlehen und Verbraucherkredit	163
§ 19 Überblick	163
I. Struktur des Darlehensrechts	163
II. Historische Entwicklung	164
III. Systematische Einordnung	166
§ 20 Das Gelddarlehen	166
I. Begriff des (Geld-)Darlehensvertrages	166
II. Abgrenzungen	167
III. Zustandekommen eines Darlehensvertrages	168
1. Das Darlehen als Konsensualvertrag	168
2. Das Vereinbarungsdarlehen	168
3. Form des Vertrages	168
4. Schutz des Darlehensnehmers nach § 138	169
a) Voraussetzungen	169
b) Rechtsfolgen	170
IV. Pflichten aus dem Darlehensvertrag	171
1. Pflichten des Darlehensgebers	171
2. Pflichten des Darlehensnehmers	171
3. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung	172
V. Fälligkeit des Darlehens	172
1. Ordentliche Kündigung	172
2. Außerordentliche Kündigung	173
§ 21 Verbraucherkredite	174
I. Der Verbraucherdarlehensvertrag	174
1. Anwendungsbereich	174
a) Allgemeine Merkmale	174
b) Allgemein-Verbraucherdarlehensverträge	176
c) Immobilial-Verbraucherdarlehensverträge	176
d) Beteiligung Dritter	176
2. Formbedürftigkeit	176
a) Voraussetzungen	176
b) Rechtsfolgen	177
3. Widerrufsrecht und Bedenkzeit	177
4. Informationspflichten des Darlehensgebers	179
5. Beratungsleistungen bei Immobilial-Verbraucherdarlehensverträgen	179
6. Schutz des Verbrauchers bei verbundenen und zusammenhängenden Verträgen	180
7. Weitere Schutzvorschriften	181

a) Unwirksamkeit eines Einwendungsverzichts	181
b) Scheck- und Wechselverbot	181
c) Verzug des Darlehensnehmers	181
d) Tilgungsbestimmung bei Teilleistungen	182
e) Gesamtfälligkeitstellung bei Teilzahlungsdarlehen	183
f) Kündigungsrechte des Darlehensgebers und des Darlehensnehmers	183
g) Temporäre Stundung von Ansprüchen aufgrund der Corona-Krise	184
8. Pflicht zur Prüfung der Kreditwürdigkeit des Verbrauchers	184
II. Entgeltliche Finanzierungshilfen	185
1. Allgemeines	185
2. Verträge über die entgeltliche Nutzung eines Gegenstandes	186
3. Teilzahlungsgeschäfte	187
a) Rechtsfolgen von Formmängeln (§ 507)	187
b) Rücktritt des Unternehmers bei Zahlungsverzug (§ 508)	187
III. Ratenlieferungsverträge	188
IV. Unentgeltliche Darlehensverträge und Finanzierungshilfen	189
V. Existenzgründer	190
VI. Abweichende Vereinbarungen	190
2. Teil. Überlassungsverträge	193
1. Abschnitt. Mietvertrag und Leasing	193
§ 22 Allgemeines Mietrecht	193
I. Vorbemerkungen	193
1. Begriff und Bedeutung des Mietvertrages	193
2. Schuldrechts- und Mietrechtsreform 2001/2002	193
3. Neuere Entwicklungen	194
4. Systematik des Mietrechts	195
5. Abgrenzungen	195
II. Abschluss und Wirksamkeit des Mietvertrages	196
III. Die Pflichten des Vermieters	197
1. Gebrauchsgewährung (§ 535 I 1)	197
2. Gebrauchsüberlassung und Erhaltung der Mietsache (§ 535 I 2)	198
3. Instandhaltung der Mietsache und Schönheitsreparaturen	198
4. Konkurrenzschutz	200
5. Sonstige Pflichten	200
IV. Die Haftung des Vermieters für Sach- und Rechtsmängel	201
1. Allgemeine Voraussetzungen der Haftung	201
a) Sachmangel	201
b) Rechtsmangel	203
c) Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft	203
d) Der maßgebliche Zeitpunkt	203
2. Die Ansprüche und Rechte des Mieters	204
a) Anspruch auf Mängelbeseitigung	204
b) Minderung der Miete nach § 536	205
c) Schadensersatz (§ 536 a I)	205
d) Mängelbeseitigung und Aufwendungsersatz	207
e) Fristlose Kündigung des Mietvertrages (§ 543 I, II Nr. 1)	208
f) Verhältnis der Ansprüche und Rechte	208
3. Ausschluss der Haftung	208
a) Gesetzlicher Ausschluss	208
b) Vertraglicher Ausschluss	209
4. Verjährung	209
V. Konkurrenzen	210
1. Anfechtung wegen Eigenschaftsirrturns oder arglistiger Täuschung	210
2. Einrede des nicht erfüllten Vertrages	211
3. Unmöglichkeit	212
4. Verschulden bei Vertragsverhandlungen	212
5. Störung der Geschäftsgrundlage	213
6. Deliktische Ansprüche	214

VI. Pflichten und Haftung des Mieters	214
1. Zahlung der Miete	214
a) Allgemeines	214
b) Mietpreisbremse und Mietpreisdeckel	215
c) Mieterhöhungen	216
d) Fälligkeit der Miete	217
2. Obhuts- und Sorgfaltspflichten	217
3. Einhaltung des vertragsgemäßen Gebrauchs	218
4. Rechtsfolgen des vertragswidrigen Gebrauchs	218
5. Vornahme von Schönheitsreparaturen	220
6. Rückgabe der Mietsache	220
a) Rückgabepflichten	220
b) Verletzung der Rückgabepflicht	221
7. Verjährung	222
VII. Die Beendigung des Mietverhältnisses	223
1. Ordentliche Kündigung bei unbestimmter Mietzeit	223
2. Außerverordentliche Kündigung	223
a) Außerverordentliche befristete Kündigung	224
b) Außerverordentliche unbefristete Kündigung	224
3. Beendigung durch Zeitablauf	225
VIII. Verbraucherverträge über die Miete digitaler Produkte	225
§ 23 Besonderheiten bei der Miete von Wohnräumen	227
I. Form des Mietvertrages	227
II. Vereinbarung von Mietsicherheiten	228
III. Das Vermieterpfandrecht	229
1. Allgemeines	229
2. Voraussetzungen	229
a) Gegenstand des Vermieterpfandrechts	229
b) Eigentum des Mieters und gutgläubiger Erwerb	230
c) Gesicherte Forderungen	231
3. Erlöschen des Pfandrechts	231
4. Selbsthilferecht und Herausgabeanspruch des Vermieters	231
5. Konkurrenz mit dem Pfändungspfandrecht eines Dritten	232
IV. Der Schutz der Angehörigen beim Tod des Mieters	232
V. Der Schutz des Mieters bei Veräußerung der Mietsache	233
1. Allgemeines	233
2. Voraussetzungen	233
3. Folgen	234
a) Eintritt des Erwerbers in den Mietvertrag	234
b) Mithaftung des bisherigen Vermieters	234
c) Schutz des Erwerbers bei Vorausverfügungen	235
d) Schutz des Mieters	235
VI. Kündigungsschutz	235
1. Form und Inhalt der Kündigung	236
2. Ordentliche Kündigung von Wohnraum	236
a) Erfordernis eines berechtigten Interesses	236
b) Kündigungsfristen	238
3. Außerverordentliche Kündigung	238
a) Außerverordentliche fristlose Kündigung	238
b) Außerverordentliche Kündigung mit gesetzlicher Frist	240
4. Widerspruchsrecht des Mieters	240
5. Schutz des Mieters bei Begründung von Wohnungseigentum	241
§ 24 Leasing	242
I. Arten des Leasing	242
II. Leasingverträge als Dreipersonenverhältnisse	243
1. Die Abtretungskonstruktion	243
2. Einwendungsdurchgriff und Wegfall der Geschäftsgrundlage	244

2. Abschnitt. Sonstige Gebrauchsüberlassungsverträge	246
§ 25 Die Pacht	246
I. Begriff des Pachtverhältnisses und Abgrenzung	246
II. Pflichten des Verpächters	247
III. Pflichten des Pächters	247
IV. Die Beendigung des Pachtvertrages	248
V. Besonderheiten bei der Landpacht	248
§ 26 Die Leihe	249
I. Allgemeines	249
II. Pflichten der Parteien und Haftung	250
1. Pflichten des Verleihers	250
2. Pflichten des Entleihers	251
3. Verjährung	252
III. Beendigung des Leihverhältnisses	253
§ 27 Das Sachdarlehen	254
I. Grundsätzliches	254
II. Begriff des Sachdarlehens	254
III. Zustandekommen des Darlehensvertrages	255
IV. Pflichten aus dem Darlehensvertrag	255
1. Pflichten des Darlehensgebers	255
2. Pflichten des Darlehensnehmers	255
3. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung	255
V. Fälligkeit des Darlehens	256
3. Teil. Tätigkeitsbezogene Schuldverhältnisse	257
1. Abschnitt. Dienstvertrag und ähnliche Verträge	257
§ 28 Allgemeines	257
I. Dienstvertrag und Werkvertrag	257
II. Freier Dienstvertrag und Arbeitsvertrag	258
1. Gemeinsamkeiten und Unterschiede	258
2. Begriff des Arbeitsvertrages	259
III. Zustandekommen und Wirksamkeit des Dienstvertrages	260
1. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit	260
a) Einschränkungen der Abschlussfreiheit bei Arbeitsverträgen	260
b) Formfreiheit	261
2. Geltung der allgemeinen Regeln über Rechtsgeschäfte	262
3. Fehlerhafte Arbeits- und Dienstverhältnisse	262
a) Arbeitsverträge	263
b) Freie Dienstverträge	263
§ 29 Rechte und Pflichten der Parteien	264
I. Pflichten des Dienstverpflichteten	264
1. Leistung der versprochenen Dienste	264
2. Der persönliche Charakter der Leistungspflicht	265
3. Besonderheiten beim Betriebsübergang	266
4. Die Nebenpflichten des Dienstverpflichteten	267
II. Haftung des Dienstverpflichteten	268
1. Keine Beweislastumkehr zulasten von Arbeitnehmern	268
2. Haftungserleichterung bei betrieblicher Tätigkeit	268
a) Risikoverteilung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	268
b) Dogmatische Einordnung	269
c) Anwendungsbereich der Haftungserleichterung	270
3. Unmöglichkeit und Verzögerung der Leistung	270
4. Schlechtleistung und Schutzpflichtverletzung	271
a) Anspruch auf einfachen Schadensersatz	271
b) Schadensersatz statt der Leistung nach §§ 280, 281	271
c) Minderung bei freien Dienstverträgen	272
III. Pflichten des Dienstberechtigten	273
1. Vergütungspflicht	273
2. Höhe und Fälligkeit der Vergütung	274

3. Sonstige Pflichten des Dienstberechtigten	275
IV. Vergütungsanspruch bei Leistungshindernissen	276
1. Verantwortlichkeit des Dienstberechtigten für das Leistungshindernis	276
2. Annahmeverzug des Dienstberechtigten	277
3. Betriebsrisiko des Arbeitgebers	278
4. Persönliche Dienstverhinderung	279
§ 30 Beendigungsgründe	280
I. Tod des Dienstverpflichteten	280
II. Sonstige Gründe	280
III. Kündigung	281
1. Ordentliche Kündigung	281
2. Außerordentliche Kündigung	282
a) Kündigung aus wichtigem Grund gem. § 626	282
b) Kündigung von Diensten höherer Art gem. § 627	283
c) Ansprüche der Parteien bei außerordentlicher Kündigung	283
3. Besonderheiten bei dauernden Dienstverhältnissen	284
IV. Aufhebungsvertrag	284
§ 31 Der Behandlungsvertrag	285
I. Qualifikation und Zustandekommen des Behandlungsvertrages	286
II. Pflichten des Behandelnden	287
1. Behandlungspflicht	287
2. Informationspflichten	287
3. Aufklärungspflichten	288
4. Dokumentation der Behandlung und Einsichtnahmerecht des Patienten	288
5. Schweigepflicht von Ärzten und Angehörigen anderer Heilberufe	289
III. Die Haftung des Behandelnden	289
1. Anspruchsgrundlagen	289
2. Einwilligung	290
a) Einwilligungsfähigkeit	290
b) Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen Aufklärung	291
c) Mutmaßliche Einwilligung	291
3. Haftungsmaßstab	291
4. Beweislast	292
IV. Pflichten und Obliegenheiten des Patienten	293
V. Besonderheiten bei stationärer Krankenhausbehandlung	294
1. Totaler Krankenhausaufnahmevertrag	294
2. Totaler Krankenhausaufnahmevertrag mit Arzt-Zusatzvertrag	294
3. Gespaltener Krankenhausvertrag	295
2. Abschnitt. Werkvertrag und ähnliche Verträge	296
§ 32 Anwendungsbereich und Systematik	296
I. Allgemeines	296
II. Verhältnis zum Kaufrecht	296
III. Verbraucherverträge über die Herstellung digitaler Produkte	298
IV. Reform des Bauvertragsrechts	299
1. Überblick	299
2. Bauvertrag und Verbraucherbauvertrag	299
3. Architekten- und Ingenieurvertrag	300
4. Bauträgervertrag	300
V. Weitere Sonderregelungen und AGB	301
§ 33 Abschluss und Inhalt des Vertrages	302
I. Abschluss und Wirksamkeit	302
1. Unwirksamkeit des Vertrages bei Ohne-Rechnung-Abreden	302
2. Besonderheiten bei Verbraucherbauverträgen	303
II. Änderung des Vertrags und Anordnungsrecht des Bestellers	304
III. Die Pflichten des Unternehmers	304
1. Hauptpflichten	304
2. Nebenpflichten	305
3. Folgen einer Pflichtverletzung	305

IV. Die Pflichten des Bestellers	306
1. Vergütungspflicht	306
a) Allgemeines	306
b) Kostenvoranschlag	307
c) Fälligkeit der Vergütung	307
d) Abschlagszahlungen	307
e) Folgen der Verletzung der Vergütungspflicht	308
2. Pflicht zur Abnahme (§ 640)	308
a) Begriff der Abnahme	309
b) Abnahmefiktion	309
c) Bedeutung der Abnahme	310
d) Folgen der Verletzung der Abnahmepflicht	310
3. Mitwirkungsobliegenheit	310
4. Fürsorgepflicht des Bestellers analog § 618	311
V. Gefahrtragung	311
1. Leistungsgefahr	312
2. Gegenleistungsgefahr	312
VI. Sicherung des Unternehmers	313
1. Unternehmerpfandrecht und Schiffshypothek (§§ 647, 647a)	314
2. Sicherungshypothek des Bauunternehmers (§ 650e)	314
3. Bauhandwerkersicherung (§ 650f)	315
§ 34 Gewährleistung für Sach- und Rechtsmängel	316
I. Mangelbegriff des § 633	316
1. Beschaffenheitsabweichung	316
2. Falsch- und Minderleistung	317
3. Rechtsmangel	318
4. Maßgeblicher Zeitpunkt	318
II. Rechte des Bestellers gem. § 634	318
1. Nacherfüllung	320
2. Selbstvornahme und Aufwendungsersatz	321
a) Kein Ausschluss des Nacherfüllungsanspruchs	321
b) Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit der Fristsetzung	321
c) Der Anspruch des Bestellers auf Aufwendungsersatz	322
3. Rücktritt	322
4. Minderung	323
5. Schadensersatzansprüche des Bestellers	323
a) Einfacher Schadensersatz	324
b) Ersatz des mangelbedingten Verzögerungsschadens	324
c) Schadensersatz statt der Leistung	324
d) Verhältnis zum Deliktsrecht	327
6. Ersatz der vergeblichen Aufwendungen	328
III. Ausschluss der Mängelrechte	328
IV. Verjährung	329
1. Überblick	329
2. Arbeiten an einer Sache oder einem Bauwerk	330
3. Mängel an sonstigen (insbesondere unkörperlichen) Werken	330
4. Ausschluss des Rücktritts- und Minderungsrechts	331
5. Vertragliche Vereinbarungen	331
V. Gesamtschuldnerische Haftung von Architekt und Bauunternehmer	331
§ 35 Beendigung des Werkvertrages	332
I. Kündigung durch den Besteller	333
II. Kündigung durch den Unternehmer	333
III. Kündigung aus wichtigem Grund	334
IV. Form der Kündigung	334
§ 36 Der Pauschalreisevertrag	335
I. Begriff des Pauschalreisevertrages und Abgrenzungen	336
II. Parteien des Pauschalreisevertrages	338
1. Reiseveranstalter und Vermittlung von Reiseleistungen	338
2. Reisender	341

III. Zustandekommen des Pauschalreisevertrages	342
IV. Hauptleistungspflichten und Nebenpflichten der Vertragsparteien	343
1. Pflichten des Reiseveranstalters	343
2. Pflichten des Reisenden	343
V. Vertragsänderungen und Rücktritt vor Reiseantritt	344
VI. Vertragsübertragung	346
VII. Die Haftung des Reiseveranstalters bei Reisemängeln	346
1. Vorliegen eines Reisemangels	346
2. Die Mängelrechte des Reisenden	348
a) Abhilfe	348
b) Minderung des Reisepreises	350
c) Kündigung	352
d) Anspruch auf Schadensersatz	353
e) Entschädigung wegen nutzlos aufgewendeter Urlaubszeit	354
f) Ersatz vergeblicher Aufwendungen	355
3. Ausschlussfrist und Verjährung	355
4. Haftungsbeschränkung und Anrechnungsregeln	356
5. Verhältnis zum allgemeinen Leistungsstörungenrecht	357
VIII. Insolvenzsicherung	357
3. Abschnitt. Maklervertrag und Auslobung	359
§ 37 Der Maklervertrag	359
I. Grundlagen	359
II. Pflichten des Auftraggebers	360
III. Pflichten des Maklers	361
IV. Besondere Formen des Maklervertrages	362
1. Darlehensvermittlung	362
a) Allgemeines	362
b) Die einzelnen Schutzvorschriften	363
2. Wohnungsvermittlung	364
3. Vermittlung von Kaufverträgen über Wohnungen und Einfamilienhäuser	364
4. Heiratsvermittlung	365
§ 38 Die Auslobung	367
I. Grundsätzliches	367
II. Voraussetzungen	367
1. Öffentliche Bekanntmachung einer Belohnung	367
2. Vornahme einer Handlung	368
III. Abgrenzungen	368
IV. Widerruf	369
V. Mehrfache Vornahme und Mitwirkung mehrerer	369
VI. Preisausschreiben (§ 661)	369
1. Voraussetzungen	369
2. Die Zuteilung des Preises	370
VII. Gewinnzusagen (§ 661 a)	370
1. Schutzzweck und dogmatische Einordnung	370
2. Gewinnmitteilung	371
3. Zusendung der Mitteilung	371
4. Abschnitt. Auftrag, Geschäftsbesorgung und Zahlungsdienste	372
§ 39 Auftrag	372
I. Wesentliche Merkmale des Auftragsverhältnisses	373
1. Allgemeines	373
2. Geschäftsbesorgung	373
3. Fremdheit des Geschäfts	374
II. Pflichten des Beauftragten	374
1. Vornahme der Geschäftsbesorgung	374
2. Auskunfts- und Rechenschaftspflicht	375
3. Herausgabepflicht	375
4. Pflichtverletzungen	376
III. Pflichten des Auftraggebers	376

1. Ersatz der Aufwendungen	376
2. Sonstige Pflichten	378
3. Pflichtverletzungen	378
IV. Beendigung des Auftragsverhältnisses	378
1. Widerruf des Auftraggebers	378
2. Kündigung des Beauftragten	378
3. Tod des Beauftragten	379
4. Fiktion des Fortbestehens des Auftragsverhältnisses	379
§ 40 Geschäftsbesorgung und bargeldloser Zahlungsverkehr	380
I. Geschäftsbesorgungsvertrag	380
1. Anwendungsbereich	380
2. Rechtsfolgen	381
3. Informationspflichten	381
4. Übertragung von Wertpapieren	382
II. Zahlungsdienste	383
1. Allgemeines	383
2. Der Zahlungsdienstvertrag	384
3. Erbringung und Nutzung von Zahlungsdiensten	385
4. Haftung des Kunden bei Missbrauch durch Dritte	387
§ 41 Haftung für Rat, Auskunft und Empfehlung	388
I. Haftung aufgrund eines Auskunftsvertrages	388
II. Deliktische Haftung	389
III. Vertrauenshaftung	389
5. Abschnitt. Geschäftsführung ohne Auftrag	390
§ 42 Überblick	390
I. Allgemeines	390
II. Funktion der Geschäftsführung ohne Auftrag	391
§ 43 Berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	392
I. Voraussetzungen	392
1. Geschäftsbesorgung	392
2. Fremdheit des Geschäfts	392
3. Fremdgeschäftsführungswille	393
a) Objektiv und subjektiv fremde Geschäfte	394
b) „Auch-fremde“ Geschäfte	394
c) Die problematischen Fallgruppen	395
4. Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung	398
5. Berechtigung der Geschäftsführung nach § 683	399
a) Interesse und Wille des Geschäftsherrn	399
b) Unbeachtlichkeit des entgegenstehenden Willens	401
c) Genehmigung nach § 684 S. 2	401
II. Rechtsfolgen	402
1. Ansprüche des Geschäftsherrn	402
2. Ansprüche des Geschäftsführers	404
§ 44 Die unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag	406
I. Voraussetzungen der unberechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag	406
II. Pflichten des Geschäftsführers	406
1. Schadensersatzpflicht aus § 678	406
a) Allgemeine Anspruchsvoraussetzungen	406
b) Haftungsprivilegierung nach § 680	407
c) Verhältnis zum Deliktsrecht	408
2. Interessengemäße Ausführung des Geschäfts	408
3. Nebenpflichten des Geschäftsführers	409
III. Pflichten des Geschäftsherrn	409
§ 45 Unechte Geschäftsführung ohne Auftrag	410
I. Irrtümliche Eigengeschäftsführung	410
II. Geschäftsanmaßung	411
1. Pflichten des Geschäftsführers	411
2. Pflichten des Geschäftsherrn	411

6. Abschnitt. Verwahrung und Gastwirthshaftung	412
§ 46 Der Verwahrungsvertrag	412
I. Überblick	412
II. Inhalt des Verwahrungsvertrages	412
III. Abgrenzungen	412
IV. Die Pflichten des Verwahrers	414
1. Verwahrungspflicht	414
2. Rückgabepflicht	414
3. Sonstige Pflichten	414
V. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Verwahrer	415
1. Allgemeines	415
2. Haftungsmaßstab	416
3. Der Einsatz von Dritten	416
VI. Die Pflichten des Hinterlegers	417
1. Vergütung und Aufwendungsersatz	417
2. Rücknahmepflicht	417
VII. Rechtsfolgen einer Pflichtverletzung durch den Hinterleger	417
VIII. Das handelsrechtliche Lagergeschäft	418
IX. Der unregelmäßige Verwahrungsvertrag	418
§ 47 Die Haftung des Gastwirthes	419
I. Allgemeines	419
II. Voraussetzungen	420
III. Grenzen der Haftung	421
IV. Pfandrecht des Gastwirthes	421
4. Teil. Verträge über ein Risiko	423
§ 48 Leibrente	423
I. Die Konzeption der Rechtsprechung	423
II. Leibrente als Dauerschuldverhältnis	424
§ 49 Spiel und Wette	425
I. Spiel und Wette (§ 762)	425
1. Keine Verbindlichkeit	425
2. Keine Rückforderung	426
II. Lotterie- und Ausspielvertrag (§ 763)	426
5. Teil. Sicherung und Feststellung von Forderungen	429
§ 50 Der Bürgschaftsvertrag	429
I. Funktion und Struktur des Bürgschaftsvertrages	429
1. Rechtliche und wirtschaftliche Einordnung	429
2. Struktur der Bürgschaft	430
3. Besondere Merkmale der Bürgschaft	430
II. Abgrenzungen	431
1. Schuldbeitritt	431
2. Garantievertrag	432
3. Kreditauftrag	432
4. Patronatserklärung	433
III. Wirksamkeit des Bürgschaftsvertrages	434
1. Form des Bürgschaftsversprechens	434
2. Sittenwidrigkeit der Bürgschaft	436
3. Formularmäßige Vereinbarung von Globalbürgschaften	437
4. Anwendbarkeit der Widerrufsrechte für Verbraucher	438
a) Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	438
b) Fernabsatzverträge	439
c) Verbraucherdarlehensverträge	439
IV. Bestehen der Hauptschuld und Umfang der Bürgschaft	440
V. Eintritt des Bürgschaftsfalles	441
VI. Einwendungen des Bürgen	441
1. Aus dem Verhältnis Bürge – Gläubiger	441
2. Aus dem Verhältnis Schuldner – Gläubiger	442

3. Besonderheiten bei der Bürgschaft auf erstes Anfordern	443
VII. Erlöschen der Bürgschaft	444
VIII. Der Rückgriff des Bürgen	444
1. Aus dem zugrunde liegenden Rechtsverhältnis	444
2. Gesetzlicher Forderungsübergang (§ 774)	445
IX. Besondere Formen der Bürgschaft	445
1. Mitbürgschaft	445
2. Nachbürgschaft	446
3. Rückbürgschaft	446
X. Konkurrenz mit anderen Sicherungsrechten	446
§ 51 Der Vergleich	448
I. Begriff und Funktion	448
II. Voraussetzungen	448
III. Allgemeine Unwirksamkeitsgründe	449
1. Form	449
2. Dispositionsbefugnis	449
IV. Irrtumsfälle	449
V. Rechtsfolgen	450
§ 52 Schuldversprechen und Schuldanerkenntnis	451
I. Selbstständiges Schuldversprechen und -anerkenntnis	451
1. Allgemeines	451
2. Die Bedeutung der Abstraktheit	451
3. Schriftformerfordernis	452
II. Kausales Schuldanerkenntnis	453
III. Anerkenntnis ohne Vertragscharakter	454
IV. Insbesondere: Anerkenntnis am Unfallort	454
6. Teil. Bereicherungsrecht	455
§ 53 Grundlagen	455
I. Entwicklung und Funktion des Bereicherungsrechts	455
II. Die Unterscheidung von Leistungs- und Nichtleistungskonditionen	456
III. Systematik des Gesetzes und Verweisungen	456
§ 54 Die Leistungskonditionen	457
I. Allgemeine Leistungskondition	458
1. Etwas erlangt	458
2. Durch Leistung eines anderen	459
a) Begriff der Leistung	459
b) Bestimmung der Parteien der Leistungskondition	460
c) Abgrenzung von Leistungs- und Nichtleistungskondition	461
3. Entbehrlichkeit des Merkmals „auf Kosten“	461
4. Ohne rechtlichen Grund	461
a) Objektive und subjektive Rechtsgrundtheorie	461
b) Das Fehlen des rechtlichen Grundes nach § 812 I 1 Alt. 1	462
c) Erfüllung trotz dauernder Einrede	463
5. Ausschlussgründe	464
II. Die sonstigen Fälle der Leistungskondition	464
1. Wegfall des rechtlichen Grundes	464
2. Nichteintritt des mit der Leistung bezweckten Erfolgs	465
a) Anwendungsbereich	465
b) Notwendigkeit einer Zweckvereinbarung	467
c) Ausschlussgründe	467
3. Gesetzes- oder sittenwidriger Empfang	467
a) Anwendungsbereich und Voraussetzungen des § 817 S. 1	467
b) Der Ausschlussgrund des § 817 S. 2	469
(1) Voraussetzungen und Ratio des Konditionsausschlusses	469
(2) Ausweitungen	469
(3) Einschränkungen	470
§ 55 Die Nichtleistungskonditionen	471
I. Die allgemeine Eingriffskondition (§ 812 I 1 Alt. 2)	472

1. Anwendungsbereich	472
2. Rechtswidrigkeits- und Zuweisungstheorie	473
3. Voraussetzungen der allgemeinen Eingriffskondition	474
a) Etwas erlangt	474
b) In sonstiger Weise auf Kosten des Gläubigers	474
(1) Rechtsposition mit Zuweisungsgehalt	474
(2) Die Parteien des Bereicherungsanspruchs	475
c) Ohne rechtlichen Grund	476
II. Verfügung eines Nichtberechtigten (§ 816)	476
1. Entgeltliche Verfügung des Nichtberechtigten	477
a) Grundgedanken und Konkurrenzen	477
b) Vorliegen einer entgeltlichen Verfügung	477
c) Keine Berechtigung des Verfügenden	478
d) Wirksamkeit der Verfügung	478
e) Herausgabe des durch die Verfügung Erlangten	479
f) Einschränkungen der Herausgabepflicht nach § 818 III	480
2. Unentgeltliche Verfügung des Nichtberechtigten	481
3. Leistung an einen Nichtberechtigten	482
III. Die Durchgriffskondition nach § 822	483
1. Dogmatische Grundlagen	483
2. Die einzelnen Anspruchsvoraussetzungen	484
IV. Die Verwendungskondition	485
V. Die Rückgriffskondition	486
1. Zahlung fremder Schulden	486
2. Änderung der Tilgungsbestimmung	486
§ 56 Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs	487
I. Herausgabe von Nutzungen und Surrogaten (§ 818 I)	487
II. Wertersatz (§ 818 II)	488
III. Der Wegfall der Bereicherung (§ 818 III)	489
IV. Die verschärfte Haftung des Empfängers (§§ 818 IV, 819, 820)	490
1. Eintritt der Rechtshängigkeit	490
2. Kenntnis des Mangels	491
a) Allgemeines	491
b) Beschränkt geschäftsfähiger Empfänger	491
3. Die sonstigen Fälle der verschärften Haftung	492
4. Die Folgen der Haftungsverschärfung	492
a) Haftung nach den allgemeinen Vorschriften	492
b) Wertersatzpflicht nach § 818 II	493
c) Anwendbarkeit des allgemeinen Leistungsstörungsrechts	494
V. Besonderheiten bei der Rückabwicklung gegenseitiger Verträge	495
1. Problemstellung und Meinungsstand	495
a) Defizite einer strengen Zweikonditionentheorie	495
b) Saldotheorie und eingeschränkte Zweikonditionentheorie	495
c) Würdigung	496
2. Durchbrechungen der Saldotheorie	497
a) Schutz des nicht voll geschäftsfähigen Vertragspartners	497
b) Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung	497
c) Weitere Ausnahmefälle	498
VI. Die Einrede der Bereicherung (§ 821)	499
§ 57 Besonderheiten bei Mehrpersonenverhältnissen	500
I. Problemstellung	500
II. Mehrheit von Leistungsverhältnissen	500
1. Leistungskette	500
2. Abgekürzte Lieferung (Durchlieferung)	502
3. Anweisungen im bargeldlosen Zahlungsverkehr	503
a) Problemstellung	503
b) Struktur der Anweisungsfälle	503
c) Mängel in den jeweiligen Rechtsverhältnissen	504
d) Fehlen und Mängel der Anweisung	504

4. Vertrag zugunsten Dritter	508
5. Abtretungsfälle	508
III. Konkurrenz von Leistungs- und Eingriffskondiktion	509
1. Einbaufälle	509
2. Verarbeitungsfälle	510
7. Teil. Die außervertragliche Haftung auf Schadensersatz	513
1. Abschnitt. Einführung	513
§ 58 Überblick	513
I. Funktion des Haftungsrechts	513
II. Grundentscheidungen	514
1. Verschuldensprinzip	514
2. Kein genereller Schutz von Vermögen und Handlungsfreiheit	515
3. Klare Umgrenzung des Kreises der Anspruchsberechtigten	515
III. Das System des Deliktsrechts im BGB	515
2. Abschnitt. Haftung des Schädigers nach § 823 I	517
§ 59 Grundfragen der Haftung	517
I. Tatbestandsmäßigkeit und Rechtswidrigkeit	517
II. Die Bedeutung der Verkehrspflichten	517
1. Funktion und systematische Einordnung	517
2. Begründung von Verkehrspflichten	519
3. Fallgruppen	519
a) Herrschaft über eine Gefahrenquelle	520
b) Ausübung einer gefährlichen Tätigkeit	520
c) Vorangegangenes gefährliches Tun	520
4. Konkretisierung der Verkehrspflichten	521
5. Abgrenzung zur Fahrlässigkeit (§ 276 II)	522
III. Rechtfertigungsgründe	523
1. Allgemeines	523
2. Einwilligung und mutmaßliche Einwilligung	524
3. Verkehrsrichtiges Verhalten als Rechtfertigungsgrund	525
IV. Schuld	526
1. Formen und Bezugspunkt des Verschuldens	526
2. Verschuldensfähigkeit (Deliktsfähigkeit)	526
a) Ausschluss der Haftung Minderjähriger nach § 828	526
b) Ausschluss der Verantwortlichkeit nach § 827	528
c) Billigkeitshaftung nach § 829	528
3. Entschuldigungsgründe	529
§ 60 Die einzelnen Elemente des § 823 I	530
I. Rechtsgutsverletzung	530
1. Leben	530
2. Körper und Gesundheit	530
3. Freiheit	532
4. Eigentum	533
a) Gebrauchsbeeinträchtigungen	533
b) Weiterfressende Mängel und Produktionsschäden	535
5. Sonstige Rechte	536
a) Eigentumsähnliche Rechte	536
b) Besitz	536
c) Persönlichkeitsrechte	537
d) Elterliche Sorge	538
e) Ehe	538
II. Pflichtwidrige Handlung oder Unterlassung	539
1. Begriff der Handlung	539
2. Tatbestandsmäßigkeit von Unterlassungen	539
3. Abgrenzung von positivem Tun und Unterlassen	540
III. Haftungsbegründende Kausalität	541
IV. Rechtswidrigkeit	542

V. Verschulden	542
VI. Schaden und haftungsausfüllende Kausalität	543
VII. Haftungsausschluss	544
VIII. Rechtsfolgen	544
§ 61 Das allgemeine Persönlichkeitsrecht	545
I. Geschichtliche Entwicklung	545
II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Rahmenrecht	547
III. Wichtige Fallgruppen	548
1. Überblick	548
2. Schutz Prominenter gegenüber der Presse	549
3. Postmortaler Persönlichkeitsschutz	551
IV. Rechtsfolgen	553
1. Naturalrestitution und materieller Schadensersatz	553
2. Ersatz des immateriellen Schadens	553
3. Unterlassungs- und Beseitigungsanspruch	554
§ 62 Das Recht am Gewerbebetrieb	555
I. Allgemeines	555
II. Wichtige Fallgruppen	556
1. Geschäftsschädigende Kritik am Gewerbebetrieb	556
2. Boykott, Betriebsblockaden, Streiks	558
3. Unberechtigte Schutzrechtsverwarnung	558
§ 63 Die Haftung für fehlerhafte Produkte	559
I. Problemstellung	559
II. Beweislastumkehr bei der deliktischen Haftung des Produzenten	559
III. Verkehrspflichten des Herstellers	561
1. Grundlagen	561
2. Fallgruppen	561
a) Konstruktionsfehler	561
b) Fabrikationsfehler	562
c) Instruktionsfehler	562
d) Verletzung der Produktbeobachtungspflicht	563
IV. Die Produkthaftung nach dem Produkthaftungsgesetz	564
1. Dogmatische Einordnung	564
2. Voraussetzungen der Haftung	565
3. Ausschlussgründe	566
4. Umfang der Haftung	567
V. Das Produktsicherheitsgesetz	568
VI. Die Haftung nach dem Arzneimittelgesetz	568
3. Abschnitt. Die sonstigen Haftungstatbestände im BGB	570
§ 64 Verletzung eines Schutzgesetzes	570
I. Funktionen des § 823 II	570
II. Der Begriff des Schutzgesetzes	570
III. Schutzbereich der Norm	571
IV. Rechtswidrigkeit und Verschulden	572
§ 65 Vorsätzliche sittenwidrige Schädigung	573
I. Funktion des § 826	573
II. Voraussetzungen der Haftung nach § 826	574
1. Verursachung eines Schadens	574
2. Sittenwidrigkeit	574
a) Die „Anstandsformel“	574
b) Sittenwidrigkeit als normativer Begriff	575
c) Notwendigkeit einer Interessenabwägung im Einzelfall	575
d) Verhältnis zu § 138 I	575
3. Vorsatz	576
III. Fallgruppen	576
1. Grob illoyales Verhalten gegenüber Vertragspartnern oder Dritten	576
a) Allgemeines	576
b) Haftung des Herstellers gegenüber den Käufern im Dieselskandal	577

2. Verleiten zum Vertragsbruch	579
3. Erteilung fehlerhafter Auskünfte und Gutachten	579
4. Gläubigerbenachteiligung und Gläubigergefährdung	580
5. Formale Rechtspositionen und Monopolstellungen	580
6. Familienrecht	581
§ 66 Ergänzende Tatbestände	581
I. Kreditgefährdung (§ 824)	581
1. Funktion und Konkurrenzen	581
2. Voraussetzungen	582
a) Behauptung oder Verbreitung unwahrer Tatsachen	582
b) Eignung zur Kreditgefährdung und Unmittelbarkeit	583
c) Verschulden	583
3. Wahrnehmung berechtigter Interessen (§ 824 II)	584
II. Bestimmung zu sexuellen Handlungen (§ 825)	584
§ 67 Haftung für vermutetes Verschulden	586
I. Haftung für Verrichtungsgehilfen (§ 831)	586
1. Grundgedanke	586
2. Voraussetzungen der Haftung	587
a) Verrichtungsgehilfe	587
b) Widerrechtliche Schädigung eines Dritten	588
c) Handeln in Ausführung der Verrichtung	589
d) Keine Exkulpation des Geschäftsherrn	589
3. Übernahme von Auswahl- und Überwachungspflichten	591
II. Haftung des Aufsichtspflichtigen (§ 832)	591
1. Grundgedanken	591
2. Voraussetzungen	593
a) Aufsichtspflichten	593
b) Widerrechtliche Schädigung eines Dritten	593
c) Keine Exkulpation des Aufsichtspflichtigen	594
III. Schäden durch Bauwerke (§§ 836–838)	595
§ 68 Haftung für Tiere	596
I. Grundlagen	596
II. Gefährdungshaftung für Luxustiere (§ 833 S. 1)	597
1. Rechtsgutsverletzung	597
2. Tier	597
3. Kausalität und Schutzzweckzusammenhang	598
4. Halter	599
III. Haftung für Nutztiere (§ 833 S. 2)	599
1. Anwendungsbereich	599
2. Exkulpation	600
IV. Haftung des Tieraufsehers (§ 834)	600
V. Haftung für Wild- und Jagdschäden	600
§ 69 Haftung von Amtsträgern und gerichtlichen Sachverständigen	601
I. Allgemeines	601
II. Persönliche Haftung des Beamten bei fiskalischem Handeln	602
1. Anwendungsbereich	602
2. Voraussetzungen der Haftung nach § 839 I	602
a) Beamter im staatsrechtlichen Sinne	602
b) Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	602
c) Verschulden und Schaden	603
3. Haftungsausschlüsse	604
a) Subsidiaritätsklausel	604
b) Nichteinlegung von Rechtsmitteln	604
4. Konkurrenzen	604
III. Die Haftung des Staates bei hoheitlichem Handeln	605
1. Voraussetzungen der Haftung nach § 839 iVm Art. 34 GG	605
a) Haftungsrechtlicher Beamtenbegriff	605
b) Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	605
c) Verschulden und Schaden	606

2. Haftungsausschlüsse	606
a) Subsidiaritätsklausel	606
b) Nichteinlegung von Rechtsmitteln	607
c) Spruchrichterprivileg	607
3. Konkurrenzen	608
IV. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen (§ 839a)	608
1. Normzweck	608
2. Voraussetzungen	609
a) Der gerichtliche Sachverständige	609
b) Unrichtiges Gutachten	610
c) Verschulden	610
d) Schaden durch die gerichtliche Entscheidung	610
3. Ausschluss der Haftung	611
4. Abschnitt. Mehrheit von Schädigern und Inhalt der Haftung	612
§ 70 Verantwortlichkeit mehrerer Schädiger	612
I. Mittäter und Beteiligte (§ 830)	612
1. Mittäterschaft und Teilnahme	613
2. Beteiligung	614
II. Gesamtschuldnerschaft (§ 840)	616
1. Allgemeines	616
2. Das Innenverhältnis zwischen den Schädigern	616
§ 71 Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs	618
I. Umfang der Ersatzpflicht bei Personenschäden (§§ 842, 843)	618
1. Materielle Schäden	618
2. Immaterielle Schäden	619
II. Ansprüche mittelbar Geschädigter (§§ 844–846)	620
1. Ansprüche Dritter bei Tötung (§ 844)	620
2. Schadensersatz wegen entgangener Dienste (§ 845)	622
3. Mitverschulden des Verletzten	623
III. Ersatzansprüche bei Sachschäden (§§ 848–851)	623
IV. Verjährung	624
§ 72 Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche	625
I. Allgemeines	625
II. Der Unterlassungsanspruch	626
III. Der Beseitigungsanspruch	627
1. Voraussetzungen	627
2. Abgrenzung zum Schadensersatz	627
5. Abschnitt. Gefährdungshaftung	629
§ 73 Grundlagen	629
I. Grundgedanken der Gefährdungshaftung	629
II. Struktur der gesetzlichen Regelung	630
§ 74 Gefährdungshaftungstatbestände außerhalb des BGB	632
I. Die Haftung des Kraftfahrzeughalters nach dem StVG	632
1. Voraussetzungen der Haftung	632
a) Rechtsgutsverletzung	632
b) Begriff des Kraftfahrzeugs	632
c) Haltereigenschaft des Anspruchsgegners	633
d) Beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs oder eines Anhängers	633
2. Ausschluss der Haftung	635
a) Höhere Gewalt (§ 7 II StVG)	635
b) Schwarzfahrten nach § 7 III StVG	636
c) Haftungsausschlüsse nach § 8 StVG	636
d) Schädigung von Insassen (§ 8a StVG)	636
3. Haftungsumfang und Direktanspruch gegen Versicherer	637
4. Mitverantwortlichkeit und Anzeigepflicht	637
5. Schadensausgleich bei mehreren Ersatzpflichtigen	638
6. Verhältnis zu anderen Vorschriften	639
II. Haftung für Bahnen und Energieanlagen nach dem HPfLG	639

1. Haftung des Bahnunternehmers (§ 1 HPfLG)	639
a) Voraussetzungen	639
b) Haftungsausschluss	640
2. Haftung für Energieanlagen und -leitungen (§ 2 HPfLG)	640
3. Umfang der Haftung	641
III. Sonstige Gefährdungshaftungen	642
1. Überblick	642
2. Zustands- und Handlungshaftung	642
3. Haftungsausschlüsse	642
4. Haftungshöchstbeträge, Schmerzensgeld und Hinterbliebenengeld	643
5. Sonstige Besonderheiten	643
Paragrafenregister	645
Sachregister	657
Entscheidungsregister	669


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG